



fwg-Ennigerloh Wulfsbergstraße 43, 59320 Ennigerloh

An die
Stadt Ennigerloh
z. H. des Bürgermeisters
Herrn Berthold Lülff sowie an die
Mitglieder des Rates der Stadt Ennigerloh
Rathausplatz 1
59320 Ennigerloh

fwg-Ennigerloh

Freie Wählergemeinschaft
Ennigerloh e.V.

Montag, 3. November 2014

Verein

Oliver Lankes
Zum Dannehof 15
59320 Ennigerloh
Tel.: 01705803451

Fraktion

Bernhard Dombrink
Wulfsbergstraße 43
59320 Ennigerloh
Tel.: 02524/950377
0171/2050278

E-Mail:
b.dombrink@t-online.de

Finanzen der Stadt Ennigerloh

***fwg* Ennigerloh zur Situation der städtischen Finanzen**

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. -Molière-

Der städtische Haushalt ist seit Jahren defizitär. Jährlich wurden bislang ca. 2,5 Mio. € mehr ausgegeben als eingenommen. Politik und Verwaltung haben in den letzten Jahren bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um gegen zu steuern. Einsparpotentiale, die nicht zu wesentlichen Belastungen unserer Bürger führten, wurden ausgeschöpft. In der Verwaltung wurden Stellen bis zur Grenze des gerade noch Vertretbaren abgebaut. Politik und Verwaltung als verlängerte Arme der Bürgerschaft haben selbstverständlich zunächst versucht, radikale und schmerzhaft Maßnahmen für die Bürger, Institutionen, Unternehmen und Vereine zu vermeiden.

Leider haben gerade die letzten Monate aufgezeigt, dass die bisherigen Bemühungen bei weitem nicht ausreichend waren. Bereits Anfang 2014 haben alle maßgeblichen politischen Parteien im Stadtrat ein „Freiwilliges Haushaltssicherungskonzept“ beschlossen mit der Zielsetzung, in den nächsten Jahren die städtischen Finanzen wieder auf Kurs zu bringen, notfalls mit schmerzhaften Maßnahmen.

Mittlerweile hat sich die Situation noch weiter zugespitzt. Die Kämmerei hat vor einigen Wochen aufgrund dramatischer Rückgänge bei den Gewerbesteuererinnahmen die erforderliche Reißleine gezogen und eine Haushaltssperre verhängt. Gleichzeitig ist absehbar, dass sich das Haushaltsdefizit aufgrund unvermeidbarer Investitionen (z.B. Feuerwehrhäuser) und der damit verbundenen Zinsmehrbelastungen und Abschreibungen vermutlich um weitere 550.000 €/ jährlich erhöhen wird. Selbst OHNE die Gewerbesteuerausfälle würde damit jährlich ein Defizit von 3,05 Mio. € bestehen. In Verbindung mit den ausbleibenden

Einnahmen ergibt sich für 2015 und 2016 sogar ein prognostiziertes Defizit von ca. 5,9 Mio. €/ jährlich! In der Finanzausschusssitzung vom 27.10.14 teilte die Verwaltung daher mit, dass aufgrund der Gewerbesteuer ausfälle bereits 2015 ein verpflichtendes HSK erforderlich werden könnte. Sollte es so weit kommen, wird uns „von oben“ diktiert, Maßnahmen zu treffen, die ohnehin erkennbar erforderlich sind.

Soll die Politik weiter um des „lieben Friedens willens“ die Augen verschließen und weitere Jahre verschenken? Oder dürfen die Bürger nicht vielmehr erwarten, dass Klartext geredet wird, dass man den schmerzhaften Weg endlich in Wahrnehmung der politischen Verantwortung beschreitet?

Moliere hat Recht. Wir sind auch dafür verantwortlich, was wir NICHT tun! Deshalb MÜSSEN wir handeln!

Und wenn man es ernsthaft betreibt, wird es ein Katalog des Schreckens werden. Eine Leidensordnung für alle Bürger. Die Zeiten „Sparen ja, aber nicht bei mir“ und des Herumzupfens an den Gürteln der Anderen, wenn der Gürtel enger geschnallt werden soll, sind zwangsläufig vorbei.

Bis zu 5,9 Mio. € müssen als Einsparpotential oder Mehreinnahmen her! Jährlich! Wie soll das gehen? Die meisten Aufgaben unserer Stadt sind Pflichtaufgaben, die uns von Bund und Land übertragen wurden. Auf diese Kosten haben wir kaum Einfluss. Selbst wenn wir allerdings alle freiwilligen Leistungen unserer Stadt an soziale Institutionen, Vereine der Kultur und des Sports, etc. streichen würden, wäre das Einsparpotential gerade einmal bei ca. 0,5 Mio. € und wir hätten nahezu alle Institutionen des Sports und der Kultur sowie eine Vielzahl wichtiger sozialer Einrichtungen schlichtweg „platt“ gemacht. Unvertretbar, sofern Ennigerloh als Wohnstadt attraktiv bleiben soll. Zwar wird nach unserer Auffassung auch **im Bereich der freiwilligen Leistungen zukünftig jeder Cent mehrfach umzudrehen sein und weitere Maßnahmen, wie die Beteiligung der Sportvereine an z.B. den Betriebskosten der Sportstätten, unumgänglich** sein. Es müssen allerdings auch die „großen Brocken“ bewegt werden. „Brocken“, für die bislang in der Öffentlichkeit Denkverbote bestanden.

Reine Parolen mit ebenso gutgemeinten wie undurchdachten Vorschlägen, wo man doch viel, viel besser sparen könnte, bringen uns nicht mehr weiter. Es müssen konkrete Vorschläge auf den Tisch! Dieser -unangenehmen- Verantwortung müssen wir uns stellen.

Die im Folgenden aufgezeigten Maßnahmen werden nahezu jeden Bürger, jede Institution und jedes Unternehmen in Ennigerloh hart treffen. Die Reaktionen sind absehbar. Entrüstungsaufschreie, Ankündigungen von rechtlichen Schritten, böse Briefe etc. Uns ist auch bewusst, dass wir allen Bürgern und den Unternehmen viel abverlangen. Wir setzen allerdings auf das Verantwortungsgefühl und Verständnis zumindest der Bürger, Institutionen und Unternehmen, die schon längst erkannt haben, dass es SO nicht weiter geht! Wir setzen gerade auf die Menschen und Betriebe unserer Stadt, die bereits in der Vergangenheit Ennigerloh durch ihre Hilfe nach vorne gebracht haben! Auch die Politik wird einen möglichst breiten Schulterchluss benötigen, um die bevorstehenden Aufgaben zu bewältigen. Wir müssen es gemeinsam packen ...oder wir hinterlassen eine handlungsunfähige, dauerhaft hochverschuldete Stadt.

Bestand der Bäder: Hallenbad/ Freibad

Unsere Bäder verursachen jährlich allein einen Zuschussbedarf von ca. 900 Tsd. Euro. Damit sind die Bäder die kostenintensivste Freizeiteinrichtung unserer Stadt. Sie leiden darüber hinaus unter einem erheblichen Renovierungs- bzw. Instandsetzungsbedarf, der in der o.gen. Zahl noch nicht einmal mitberücksichtigt ist. Allein das große Becken des Freibades müsste mit einem Kostenaufwand von ca. 2 Mio. € erneuert werden. Das Hallenbad benötigt zum weiteren Betrieb ebenfalls erhebliche Investitionen.

Diese finanziellen Mittel sind nicht vorhanden. Selbst wenn sie allerdings vorhanden wären, würde der nicht leistbare Zuschussbedarf von 0,9 Mio. €/ jährlich bleiben. Um die Bäder zu

erhalten, müsste vereinfacht dargestellt jeder Bürger jedes Jahr 50 € zahlen, vom Kleinkind über den Hartz IV-Empfänger bis zum Rentner. Eine vierköpfige Familie daher allein für die Erhaltung dieser Einrichtungen 200 €/ jährlich. Selbstverständlich haben die Bäder eine wichtige Funktion für den Schulsport, als Freizeit- und soziale Begegnungsstätte, als Vereinssportstätten (insbes. der erfolgreichen DLRG).

Es fällt daher umso schwerer, es auszusprechen:

Wir können uns die Bäder nicht mehr leisten!

Wir sehen derzeit keine echten Alternativen zur Schließung.

Eine Schließung der Bäder müsste –so gut es geht- über Kooperationen mit Nachbarkommunen abgefangen werden, sofern diese nicht selbst ihre Bäder werden schließen müssen.

Der einzige Hoffnungsfunke, der uns bleibt, wird sein, dass nach einer „echten“ Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren vielleicht in absehbarer Zeit (8-10 Jahre) die Mittel für die Errichtung eines Kombi-Bades zur Verfügung stehen könnten. Ein schwacher Trost und nur eine Taube auf dem Dach...

Gebäudemanagement/ Schulgebäude etc.

Unsere Stadt hat eine Vielzahl von Gebäuden zu unterhalten. Die Instandhaltungs- und jährlichen Betriebskosten gehen in die Millionen. Durch ein frei von Denkverboten, intelligentes Gebäudemanagement besteht ein erhebliches Einsparpotential. Insoweit muss jedes einzelne Gebäude nach Funktion und Kostenaufwand überprüft werden. Auch hier sind wiederum die großen Brocken zu bewegen.

So verursachen z.B. unsere Schulgebäude jährliche Kosten von ca. 250 Tsd. € (je Schule). Durch den demographischen Wandel und veränderte Beschulungsformen sehen wir insoweit Einsparpotential OHNE Qualitätsverluste. Ennigerloh muss insbesondere als Bildungsstandort attraktiv bleiben.

Die Pestalozzischule ist aufgrund der integrativen Beschulung ein Auslaufmodell. Insoweit kann kurzfristig erhebliches Einsparpotential genutzt werden. Positiver Nebeneffekt: Wir erhalten neue Stadtentwicklungsflächen in der Innenstadt und/ oder Grundstückserlöse. Die Schließung sollte bereits zum Schuljahr 2015/16 erfolgen. 250 Tsd. €/ jährlich eingespart!

Es drängt sich allerdings auch die Frage auf, ob sich Ennigerloh-Mitte unter Berücksichtigung immer weiter sinkender Schülerzahlen nur aus historisch begründetem Wunsdenken noch zwei Grundschulen leisten darf. Auf Anregung der fwg wurde bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die u.a. verschiedene Varianten der Unterbringung der Schulen in E´loh-Mitte überprüft. Ziel der fwg ist es, mindestens ein Einsparpotential von weiteren 250 Tsd./€ jährlich zu generieren und eine sinnvolle, zukunftsfähige Nutzung der Schulgebäude sicher zu stellen.

Das Gebäude „Jakobusschule“ sollte als traditionsreiches Ennigerloher Gebäude auf jeden Fall erhalten bleiben und zukünftig ggfs. –abhängig vom Prüfergebnis- als zentrale Begegnungsstätte genutzt werden. In der Jakobusschule könnten Vereine und Institutionen aller Alters- und Interessengruppen beheimatet werden, die bislang auf andere, betriebskostenintensive Gebäude verteilt waren. Die dadurch frei werdenden Gebäude sollten veräußert werden.

Feuerwehr

Ennigerloh benötigt neue, mit Millionenkosten verbundene Feuerwehrgerätehäuser in Ennigerloh-Mitte und in der Hoest. Es handelt sich nicht um Luxusanschaffungen. Die aktuellen Häuser entsprechen nicht mehr den gestiegenen gesetzlichen, insbesondere sicherheitstechnischen Anforderungen. Die Aufgaben, die von unserer freiwilligen Feuerwehr zu leisten sind, kommen jedem Bürger zu Gute. Es ist daher wichtig, unsere Feuerwehr gut auszustatten. Allerdings muss aufgrund der Situation darüber nachgedacht werden, einige Investitionen zunächst zu verschieben. Auch die Fahrzeugkonzepte sind nochmals unter

Berücksichtigung eines intelligenten, optimierten Alarm- und Ausrückeplanes zwecks Kosteneinsparung zu überprüfen. Durch eine bessere Vernetzung der einzelnen Löschzüge untereinander lassen sich möglicherweise Einsparpotentiale beim Fuhrpark generieren, die auch weniger Stellplätze in den Gebäuden zur Folge hätten und damit auch die Baukosten der Feuerwehrgerätehäuser deutlich reduzieren würden. Wir bitten die Feuerwehrverantwortlichen nachdrücklich um konstruktive Mithilfe zur Ermittlung der Einsparpotentiale.

Einsparpotentiale schaffen OHNE Verlust an Sicherheit und Qualität muss hier die Devise sein!

Steuererhöhungen Grundsteuer A und B/ Gewerbesteuer

Wer ein wenig mitgerechnet hat, stellt fest, dass selbst bei Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen keinesfalls die erforderlichen, jährlichen Einsparungen erzielt werden können. Wir müssen demnach auch die Einnahmeseite um erheblich verbessern.

Einflussmöglichkeiten mit ernsthaftem Mehreinnahmepotential besteht nur bei der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer. Wir benötigen Mehreinnahmen von mindestens 2,5 Mio. €/jährlich. Diese Mehreinnahmen können durch eine gleichmäßige Steuererhöhung von 25 % auf alle genannten Steuerarten erreicht werden. Mit einer entsprechenden Anhebung der Steuern steigen wir im interkommunalen Vergleich in die höheren Regionen vor. Es bleibt zu hoffen, dass auch die anderen Kommunen ernsthafte Haushaltskonsolidierung betreiben werden, und sich die Hebesätze insoweit kurz- oder mittelfristig angleichen.

(Exkurs: Die Bäder könnten mit einer weiteren Steuererhöhung um 10 % gerettet werden.)

Verwaltung

Wir erwarten auch von der Verwaltung eine Überprüfung auf weitere Einsparpotentiale. Bei den Personalkosten ist ebenfalls noch Potential vorhanden, allerdings nicht ohne Folgen. Für Personaleinsparungen wäre die Streichung von Aufgaben oder die Verringerung von Standards erforderlich.

Fazit:

Die fwg wird die erforderlichen Anträge an den Stadtrat stellen.

Wir beantragen sofortige Steuererhöhungen um 25 %, sind allerdings bereit, bei sachlichen Argumenten und Konsensfähigkeit prozentuale Verschiebungen mit gleichbleibendem Gesamteinnahmepotential innerhalb der Steuerarten mitzutragen.

Wir beantragen die Schließung der Bäder. Dann wird Verwaltung und Politik Farbe bekennen müssen. Sollten uns finanzielle Alternativen aufgezeigt werden, stimmen wir gerne gegen unseren eigenen Antrag. Auch die Schließung nur eines Bades mit einem Einsparpotential von lediglich 350 Tsd. €/jährlich ist mir uns zu machen, sofern die fehlenden 550 Tsd. €/jährlich anderweitig erwirtschaftet werden können.

Wir sind bereit, uns unserer Verantwortung zu stellen sowie unsere Vorstellungen in der Diskussion mit den Bürgern, Unternehmen, der Verwaltung und anderen politischen Fraktionen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.

Wir sind allerdings NICHT mehr bereit, von der Zielsetzung der vollständigen Haushaltskonsolidierung abzuweichen. Von unseren Vorschlägen werden wir daher nur abrücken, sofern uns echte Spar- oder Einnahmeverbesserungsalternativen aufgezeigt werden.

Für die Fraktion

Bernhard Dombrink

Für den Vorstand

Oliver Lankes